

# Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf,

Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Grumbach, Tirschem 2c.

== **Weitverbreitetes Insertions-Organ für amtliche und Privat-Anzeigen.** ==

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aus-  
träger, sowie alle Postanstalten.  
Für Abonnenten wird der Sonntags-Nummer eine illustrierte Sonntagsbeilage gratis beigegeben.

**Abonnement:**  
**Bei Abholung** **Frei ins Haus**  
monatlich . . . . . 35 Pfg. monatlich . . . . . 42 Pfg.  
die einzelne Nummer 5 „ vierteljährlich 1. M. 25 Pfg.  
Durch die Post bezogen 1.25 M. excl. Postgeb.

**Insertionsgebühren:** die sechszeilige Corpuzzeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg. Reklamen 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.  
**Annahme der Inserate** für die folgende Nummer bis **vorm. 10 Uhr.** Größere Anzeigen abends vorher erbeten.

Nr. 39.

Dienstag, den 17. Februar 1903.

30. Jahrgang.

## Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Blatt 8 des Genossenschaftsregisters, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, ist heute die mittelst Status vom 28. Dezember 1902 errichtete Genossenschaft **Konsumverein „Hoffnung“ für Oberlungwitz und Langeneck, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung** in Oberlungwitz eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinschaftliche Einkauf von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im Großen und deren Absatz im Kleinen. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind im Hohenstein-Ernstthaler Tageblatte zu veröffentlichen und von den beiden Mitgliedern des Vorstandes oder vom Vorstande des Aufsichtsrats zu unterzeichnen. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. September bis zum 31. August. Die Hoffsumme eines jeden Genossen beträgt zwanzig Mark. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf die ein Genosse sich beteiligen kann, ist auf drei bestimmt. Die Mitglieder des Vorstandes sind Hermann Albert und Richard Maßdorf, beide in Oberlungwitz. Willensklärungen und Zeichnungen sind für die Genossenschaft verbindlich, wenn sie durch die beiden Vorstandsmitglieder erfolgen. Der Vorstand zeichnet für die Genossenschaft in der Weise, daß der Firma die Unterschriften der Zeichnenden beigefügt werden. Die Einsicht der Liste der Genossen ist in den Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.  
**Hohenstein-Ernstthal, am 12. Februar 1903.**  
**Königliches Amtsgericht.**

## Deutscher Reichstag.

259. Sitzung vom 14. Februar.  
Das Haus ist wieder schwach besetzt, es sind anfangs nur etwa 20 Abgeordnete anwesend. Auf der Tagesordnung steht Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamt des Innern, Titel Staatssekretär.  
Abg. Reus (Soz.): Sehen Sie, wie das Haus jetzt aussieht: drei Mann auf den Bänken der freisinnigen Volkspartei, ebenso viele bei den anderen Parteien. Da sollten es sich doch die Herren am Bundesratsstische noch einmal überlegen, ob es ohne Diäten noch so weiter gehen könne. Was Althardt anlangt, so empfinde ich Mitleid, wenn ich sehe, wie die Umwälzungen in der Welt sich in seinem Kopfe so eigentümlich widerspiegeln. Wir haben ein Recht darauf, Republikaner zu sein, und beanspruchen von der Regierung Achtung auch für dieses unser Recht. Die Monarchie ist die Krönung des Klassenstaates, aber nicht etwas notwendiges; alles, was besteht, ist wert, daß es zu Grunde geht. Stehen etwa die Franzosen, Amerikaner und Schweizer sonderlich ungünstiger da, als wir? Wir haben Freiheit in der Partei und entwickeln uns und ändern uns, und gerade das ist unsere Stärke. Herr Stöcker sprach von den reichen Leuten in unserer Partei, das sind doch nur sehr wenige, bei den meisten von uns ist Schmalhaus Rückenmeister; aber von den wenigen Besthenden, die uns beitreten, zu verlangen, daß sie tun, was Herr Stöcker von ihnen fordert, daß sie etwa, wie das Märchen von Rothschild lautet, „teilen“ sollen, das können Sie nicht erwarten. Tut denn Herr Stöcker das? Handelt Herr Stöcker nach dem Matthäus-Evangelium 6, 19 (Heiterkeit): „Ihr sollt Euch nicht Schätze sammeln auf Erden, da sie die Motzen und der Rost fressen und da die Diebe nachgraben?“ (Heiterkeit.) Herr Stögel hat uns vorwärts wegen unserer Stellung zur Religion gemacht. Was muß das für ein schwacher Glaube sein, den schon die einfachsten Arbeiter, und das sind wir Sozialdemokraten doch, zerschlagen können. Redner erklärt für unerlässlich, den Arbeitern vorbehaltlos das Koalitionsrecht zu gewähren, auch den ländlichen Arbeitern, denen nicht einmal die Koalition zur Erlangung höherer Löhne zugestanden werde. Nachdem im Unternehmer-Interesse der neue Zolltarif beschlossen sei, müsse unbedingt den Landarbeitern das Vereinigungsrecht zugestanden werden, um sie zu befähigen, höhere Löhne zu er-

zwingen. Der Unterschied zwischen Stadt und Land in bezug auf das Koalitionsrecht erkläre und rechtfertige zur Genüge das Abwenden der Leute vom Lande nach den Städten.

Abg. Sittart (Ztr.): Das Zentrum nehme im Gegensatz zu den Sozialdemokraten nicht die Interessen bloß einer Klasse wahr, sondern die aller Klassen. Es werde den Kampf gegen die Sozialdemokraten bei den Wahlen aufnehmen und den Wählern sagen, wie die Sozialdemokraten den Haß gegen alles predigten. Widerspruch links. Ja, der Redner hat doch vorher selbst den Haß gegen alles für berechtigt erklärt. (Rufe links: Den Haß gegen alles Schlechte!) Also gegen alles Schlechte? Halten Sie denn das Zentrum auch für schlecht. (Rufe links: Ja. Große Heiterkeit.) Abg. Albrecht sagte gestern, die Sozialdemokraten wollten den Arbeitern den Glauben nicht rauben, sie wollten ihnen nur Wissen beibringen. Nun, wer verlangt denn stärkeren Glauben von den Arbeitern, als gerade die Sozialdemokraten mit ihrem Zukunftsstaate und mit ihrem Kladderadatsch? (Beifall im Zentrum, Lachen links.) Bei dem Zukunftsstaate handle es sich keinesfalls um Wissen, sondern um einen bloßen Glauben, und dabei wolle die Sozialdemokratie bei den Arbeitern den Glauben an den Himmel vernichten. Entgegen der Sozialdemokratie, welche den Mittelstand beseitigen will, ist das Zentrum für die Hebung des Mittelstandes. Wenn der Staatssekretär auf diese Hebung durch Förderung des Genossenschaftswesens hinwirken wolle, so rufe ihm das Zentrum zu, auf diesem Wege mutig weiterzugehen. Redner rechtfertigt schließlich die Wohlfahrts-einrichtungen der Firma Krupp, die tatsächlich mufsthaft seien. Die Angriffe dagegen seien durchaus unhaltbar.

Abg. Francken (nat.lib.) bezeichnet die vorliegenden Anträge als einen Wettlauf in Wahlreklamen. Er mache diesen Wettlauf nicht mit und werde das vor seinen Wählern zu verantworten wissen. Redner wendet sich gegen den Befähigungsnachweis, durch den der Handwerkerstand nur in seiner Freiheit beschränkt würde. Herr Albrecht habe gestern gesagt, in der sozialdemokratischen Partei wären Katholiken, Evangelische, Juden usw.; das sei richtig, aber wer dieser Partei beitrete, werfe seinen Glauben wie ein abgenutztes Schnupftuch weg. Die Arbeiter verdammen übrigens das Koalitionsrecht, das sie hätten, nicht dem Zentrum, sondern dem Liberalismus.

Abg. Crüger (reisl. Volksp.): Noch habe neuerlich den Ausschluß sozialdemokratischer Genossenschaften aus dem Genossenschaftsverbande zur Sprache gebracht, aber den Hauptgegenstandspunkt unerwähnt gelassen: Wenn man politische Parteizwecke in die Genossenschaft hineintragt, trete der Genossenschaftszweck zurück und man lege die Genossenschaft dem Zweck aus, eine politische Vereinigung zu sein. Die wirtschaftspolitische Tendenz der ausgeschlossenen Konsumvereine sei jedenfalls mit der Tendenz der Genossenschaft überhaupt unvereinbar. (Rufe links: „Allgemeine Lebensarten!“) Wie manche andere, so seien auch seine Äußerungen über die gewerblichen Bundesratsverordnungen von den Sozialdemokraten entstellt worden. Er wolle nur, daß die Ruhezeiten so gelegt würden, wie es dem praktischen Bedürfnis entspreche.

Abg. Panty-Boisdam (widlohn.) drückt seine Genugtuung aus über das Kinderschutzgesetz. Bei weiterem Ausbau der sozialen Gesetzgebung müsse aber jedenfalls eine weitere Belastung des Mittelstandes unterbleiben. Für eine durchaus gemeinnützige Einrichtung halte er die Arbeiterwohnhäuser von Unternehmern; der Segen davon zeige sich in Spandau. Der Befähigungsnachweis solle wenigstens für das Baugewerbe eingeführt werden, damit man aus den hiermit zu machenden Erfahrungen sehen könne, ob es ratsam sei, den Nachweis allgemein für das Handwerk einzuführen.

Abg. Dr. Barth (freis. Verein.) bestritt dem Staatssekretär Graf Posadowsky gegenüber, daß die Landwirtschaft in England durch den Freihandel ruiniert worden sei; das Gegenteil sei der Fall: die landwirtschaftliche Kulturläche sei von 1867 bis 1902 in England, in Wales, in Schottland ganz außerordentlich an Umfang gewachsen; in England allein um 1 1/2 Millionen Acres.

Abg. Mollenbuhr (Soz.) erklärt die Wohlfahrts-einrichtungen der Unternehmer als im Grunde weiter nichts wie einen Lohnanteil, den man sonst in bar geben müßte. Hätte Herr Baasche in seinen Tabellen über die Firma Krupp neben die Aukrit für die Löhne auch eine Linie für den Unternehmergewinn eingezeichnet, dann erst hätte man ersehen können, wie es hier mit den angeblich hohen Löhnen steht. Stögel habe gestern in seiner Polemik gegen die Sozialdemokraten diesen vorgeworfen, sie hätten überhaupt gegen die sozialen Versicherungs-gesetze getrimmt, sogar auch gegen das Invalidenversicherungsgesetz. Nun, Herr Stögel habe wohl ganz vergessen, daß es 1889 einen Abgeordneten Stögel aus Essen gab, der ebenfalls gegen das Invaliditätsgesetz stimmte. (Hört, hört!) und Heiterkeit links.) Die Vätervereinerordnung und die Gastwirtschaftsverordnung seien das Minimum an Arbeiterschutz, das in diesen Gewerben gefordert werden müsse. Die Gastwirtschaftsverordnung werde leider vielfach übertreten, ohne daß die Polizei einschreite. (Schluß der Sitzung gegen 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr: Wahlprüfungen, dann Fortsetzung der heutigen Beratung.)

## Venezuela.

Die diplomatischen Verhandlungen in Washington sind also nun doch von Erfolg gekrönt worden. In der Mitternachtsstunde zum Sonnabend voriger Woche wurden die Protokolle der Mächte von den Vertretern der letzteren und dem Bevollmächtigten Venezuelas Mr. Bowen unterzeichnet. Voror Baron Speck von Sternburg, der Vertreter Deutschlands, das Protokoll unterzeichnete, war er Gast des Präsidenten Roosevelt, als welcher er an einem Diner im Weißen Hause teilnahm. Dieser Umstand beweist, daß die Washingtoner Verhandlungen ihrem Ziele entgegengeführt werden konnten, ohne daß bei der Regierung der Vereinigten Staaten die geringste Verstimmung hervorgerufen worden wäre. Es hat alles gut geflappt. Deutschland hat alle seine Forderungen bewilligt erhalten und obendrein hinreichende Garantien für die gewissenhafte Innehaltung der späteren Ratensahlungen seitens Venezuelas. Die die politischen Beziehungen der Großmächte beeinflussende Heule des Venezuela-streites ist nunmehr abgeklungen. Die Frage der Vorrechtsforderungen ist erledigt und das Haager Tribunal hat sich nur noch mit den außerdem bestehenden Forderungen zu beschäftigen. Sobald Venezuela die erstklassige Forderung an England und Deutschland im Betrage von je 110 000 M. gezahlt haben wird, wird die Blockade aufgehoben. Man darf annehmen, daß diese Zahlung und Aufhebung inzwischen bereits erfolgt sind. Deutschland hat außer der mit England gemeinsamen noch eine besondere erstklassige Forderung, die noch rund 1 1/2 Millionen M. beträgt. Im Interesse der beschleunigten Aufhebung der Blockade hat Deutschland jedoch gegen hinreichende Sicherheiten gestattet, daß diese Summe erst im Laufe der nächsten Monate beglichen zu werden braucht.

Zur Beilegung der venezolanischen Streitfrage bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß außer den sogenannten erstklassigen auch alle übrigen Forderungen Deutschlands seitens Venezuelas anerkannt worden sind. Diese Forderungen im einzelnen festzustellen, werde die Aufgabe einer gemischten Kommission sein, die aus einem deutschen und einem venezolanischen Mitgliede, und soweit diese beiden sich nicht einigen können, einem vom Präsidenten der Vereinigten Staaten zu ernennenden Obmann bestehen soll. Als Sicherheit dienen 20 Prozent der Kollenkäufe von La Guayra und Puerto Cabello, ein Betrag, der auf jährlich rund 5 1/2 Millionen Francs geschätzt wird. Die Frage, inwieweit diese Sicherheiten den drei Blockademächten oder auch den anderen Mächten für ihre Ansprüche gegen Venezuela zu Gute kommen sollen, soll von dem ständigen Schiedsgerichtshofe in Haag entschieden werden, wenn nicht darüber eine anderweitige Einigung erfolgt. Endlich verpflichtet sich Venezuela, seine 5 prozentige Anleihe, die sich zum größten Teil in deutschen Händen befindet, zugleich mit seiner gesamten auswärtigen Schuld neu zu

regeln, wodurch auch die Ansprüche der deutschen großen Venezuela-Eisenbahn-Gesellschaft berücksichtigt werden.

Nach der Auffassung des Auswärtigen Amtes, die in der „Post“ zum Ausdruck gelangt, ist das Ergebnis der Verhandlungen mit Venezuela vom deutschen Standpunkt als befriedigend, nach den Schwierigkeiten die bis in die letzten Tage fort-dauerten, sogar als sehr erfreulich zu bezeichnen. Die Befehlshaber der verbündeten Geschwader haben noch am vergangenen Sonnabend Befehl erhalten, die Blockade der venezolanischen Häfen aufzuheben, die seit dem gestrigen Sonntag also frei sind. — In Bord der „Vineña“ entzündete sich eine 15 Zentimeter-Rakete, wodurch 2 Mann der Besatzung leichte Brandwunden davontrugen.

Washington, 16. Februar. Die Friedensprotokolle zwischen den Blockade-Mächten und Venezuela sind nunmehr veröffentlicht, doch ist nur das englische Protokoll im vollen Wortlaut mitgeteilt.

## Zum sächsischen Ehestreit.

Giron ist wieder in Genf, und das hängt folgendermaßen zusammen: Nach einer der Prinzessin Luise gewordenen Mitteilung ist die Mission ihrer Mutter, der Großherzogin von Toskana, im Interesse der Prinzessin beim Kaiser Franz Joseph nicht gescheit. Der Kaiser lehnte bestimmt jede Einmischung in betreff der Kinder der Erz-Kronprinzessin ab und gestattete nur unter bestimmten Bedingungen die vorläufige Rückkehr der Prinzessin nach Oesterreich, um dort ihre Niederkunft zu erwarten. Um der Kinder willen hätte die Prinzessin Giron laufen lassen: bietet sich auch durch den Verzicht auf ihn keine Möglichkeit zu den gewünschten Begegnungen mit den Kindern, dann soll Giron ihr Trost sein. Die Trennung von diesem ist noch nie eine endgültige gewesen, beide haben vielmehr im beständigen Briefwechsel mit einander gestanden, der augenscheinlich durch den Bruder der Prinzessin, Leopold Wölfling, vermittelt worden ist. Liegen die Dinge so, wie hier angegeben wird, so ist es nicht wahrscheinlich, daß die Großherzogin von Toskana überhaupt nach Union kommt: die Reise hätte dann ja gar keinen Zweck. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge wird die Prinzessin die Heilanstalt des Dr. Martin übrigens überhaupt schon in etwa 8 Tagen verlassen. Wie demselben Blatte zufolge verlautet, soll ihr eine Jahresrente von 40 000 Frs. ausgesetzt worden sein. Obwohl nicht gesagt wird, von wem diese Rente herrührt, so darf doch wohl angenommen werden, daß sie von dem Kronprinzen Friedrich August angewiesen worden ist.

Findet die Prinzessin in der Heimat keine Zuflucht, so geht sie mit ihrem Giron vielleicht nach Amerika, wo ihrer Trauung nichts entgegen stehen würde. Freilich würde ihr auch dortin der päpstliche Bannstrahl folgen, dessen Wirkungen sie aber wohl auf sich nähme, wenn es ihr dort gelänge, in einer anderen Religionsgemeinschaft aufgenommen zu werden. In Europa wird die Prinzessin nach dem Urteil von Sachkennern nirgends eine Ehe mit Giron eingehen können, da auch in allen Staaten des europäischen Auslandes die gesetzliche Bestimmung herrscht, daß eine wegen Ehebruchs geschiedene Person nicht diejenige andere Person heiraten darf, mit welcher der Ehebruch, der zur Ehescheidung führte, vollzogen wurde.

## Tagegeschichte.

Deutsches Reich.

Berlin, 16. Febr. Gegenüber der Meldung des „Daily Express“ aus Toronto, der deutsche Kaiser beteilige sich an den Unternehmungen einer großen Schlachtfirma in Toronto-Junction zum Zwecke der Fleischversorgung des deutschen Heeres, melbet die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Die Nachricht ist selbstverständlich unsinnig und nur ein neuer Beweis für den Reichtum und die ungeheuerlichen Auswüchse der Phantasie, welche sich in den Erfindungen über Se. Majestät betätigt.“

— Von der Münchner „Allg. Ztg.“ wird be-rätigt daß der Kaiser wahrscheinlich am 8. April